

**Studienname**

Krisenphasen im Verhältnis von Schulsystem und staatlichem Beschäftigungssystem. Preußen 1867-1914.

**Primärforscher**

Müller, D.K., Zymek, B. , Küpper, E. , Priebe, L.

**Studienbeschreibung**

„Im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts treten in Deutschland wiederholt Diskrepanzen zwischen den Berechtigungsansprüchen von Schul- und Hochschulabsolventen und den zur Verfügung gestellten Berufspositionen auf. Diese Überfüllungssituationen werden begleitet von Überfüllungsdiskussionen, die einen spezifischen Stellenwert im Steuerungsprozeß des Bildungs-, Berechtigungs- und Laufbahnwesens einnehmen. Wir fassen Überfüllungssituation und –diskussion unter den Begriff Qualifikationskrise. (...) Von der Analyse verschiedener historischer Phasen mit aktualisierten Qualifikationskrisen erwarten wir Aufschlüsse über den Stellenwert und die Funktion des Bildungswesens im gesellschaftlichen Prozeß.“ (S. 37)

Die Autoren arbeiten mit einem Analysemodell, das folgende Einschränkungen vornimmt:

1) Qualifikationskrisen werden als Reduzierung des Einsatzwerts von Schul- und Hochschulabschlüssen im Hinblick auf Höherqualifizierungsmöglichkeiten und beruflichen Einstellungs- und Aufstiegschancen innerhalb eines bestimmten Zeitraums definiert. Die inhaltliche Seite schulischer Qualifikationen wird nicht weiter diskutiert.

2) Es wird sich im Rahmen dieser Studie nur auf Berechtigungen der höheren Schulen, Vollzeitberufsschulen und Hochschulen konzentriert.

Schulsystem und staatliches Berufslaufbahnsystem waren durch ein institutionalisiertes Berechtigungswesen miteinander verknüpft. Für den Eintritt in den Staatsdienst wurden bestimmte formale Schulabschlüsse gefordert. Dem Schulabschluß kam somit eine grundlegende Bedeutung für die späteren Berufsperspektiven zu.

3) Es wird nur der öffentliche Bereich als Anbieter von Berufspositionen für höhere Qualifikationen betrachtet.

„Der öffentliche Bereich ist in Deutschland traditionell der weitaus größte Anbieter (oft Monopolist) von Berufslaufbahnen für höhere Qualifikationen. Sein Verhalten ist deshalb entscheidend für die Realisierungschancen formaler Berechtigungen.“ (S. 38)

Der Justizsektor stellt ein klassisches Berufsfeld für Akademiker in Preußen und für den öffentlichen Dienst dar. Deshalb wurde dieser Bereich als engerer Untersuchungsgegenstand gewählt. Die Analyse beschränkt sich aber nicht auf die Stellenpläne für Richter und Staatsanwälte, sondern bezieht die qualitativen und quantitativen Veränderungen im Bereich des Jurastudiums sowie mögliche Ausweichkarrieren mit ein.

Zusammenfassend kann folgendes festgehalten werden:

Die Reform des preußischen Bildungswesens war ein komplexer, „auf den verschiedenen Ausbildungsebenen fast gleichzeitig einsetzender Steuerungsversuch der staatlichen Stellen, um der mit dem sozialen Wandel steigenden Nachfrage nach höherer Bildung und akademischen Berufspositionen zu begegnen.

Instrumente der Steuerung waren eine Reform der Typenstruktur des höheren Schulwesens, eine Umstrukturierung des Berechtigungswesens und des Laufbahnwesens im öffentlichen Dienst sowie veränderte Ausbildungs-, Prüfungs- und Anstellungsmodalitäten.

Das Ergebnis dieser politisch gewollten Überfüllungssituation und der sie begleitenden Diskussionen war eine Drosselung der Zuwachsraten bei höheren Schülern, Abiturienten, Studenten, Referendaren und Assessoren, vor allem durch eine Umorientierung eines Teils der Bevölkerung zu weniger hoch gesteckten Ausbildungs- und Berufszielen.

**Zeitraum**

1867-1914

**Anzahl der Zeitreihen**

57

**Veröffentlichung**

Müller, Detlef K.; Zymek, Bernd et.al., 1977: Modellentwicklung zur Analyse von Krisenphasen im Verhältnis von Schulsystem und staatlichem Beschäftigungssystem. In: Zeitschrift für Pädagogik. 14. Beiheft: Historische Pädagogik. Weinheim: Beltz. S.37-77.

**Untersuchungsgebiet**

Preußen

**Verwendete Quellentypen**

Statistische Mitteilungen und Statistische Jahrbücher des preußischen Staates;  
Statistische Jahrbücher des Deutschen Reichs

**ZA - Bearbeitungshinweise:**

**ZA-Studiennummer**

8193

**Datum der Archivierung**

März 2007

**Datum der Bearbeitung**

März 2007

**Bearbeiter im ZA**

Gwiozdzik, Michael / Franzmann, Gabriele

## **Quellen und Anmerkungen:**

Die Angaben über die Altersjahrgänge sind folgenden amtlichen Publikationen entnommen:

- Preussische Statistik. Amtliches Quellenwerk. Hrsg. vom Königlichen Statistischen Bureau.
- Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reiches für verschiedene Jahre. Herausg. Vom Kaiserlichen Statistisch Amt. (Statistik des deutschen Reiches).
- Statistik des Deutschen Reiches. Hrsg. Vom Kaiserlichen Statistischen Amt.

Die schulstatistischen Angaben der Tabellen 1 bis 5 stammen aus folgenden Quellen:

- Centralblatt für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen. Hrsg. vom Ministerium für geistliche, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten. Berlin.
- Statistische Mitteilungen über das höhere Unterrichtswesen im Königreich Preußen. Beilage zum Centralblatt für die gesamte Unterrichts-Verwaltung. Berlin. Verschiedene Ausgaben.

Abiturientenzahlen für die Jahre 1867 bis 1899 sind folgenden Quellen entnommen:

- Wiese, L.: Das höhere Schulwesen in Preußen. Historisch-Statistische Darstellung, im Auftrag des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. Bd. II – Bd. IV. Berlin: 1869, 1874 und 1902.
- Statistische Mitteilungen über das höhere Unterrichtswesen im Königreich Preußen. Beilage zum Centralblatt für die gesamte Unterrichts-Verwaltung. Berlin. Verschiedene Ausgaben.

Tabelle 6:

Justiz-Ministerial-Blatt, Jg. 22ff, 1860 ff.

Centralblatt, Jg. 2ff., 1860ff.

## **Anmerkungen**

Tabelle 2:

„Die männlichen Schüler aller Altersgruppen und aller Klassenstufen der Typen des allgemeinbildenden öffentlichen höheren Schulwesens in Preußen, 1867-1914.’

Höhere Bürgerschulen insgesamt:

Berechtigte und unberechtigte höhere Bürgerschulen:.. Berechtigte Bürgerschulen dauerten 9 Schuljahre, boten Latein an und konnten nach einer Prüfung den Schülern die Befähigung für eine wissenschaftliche Ausbildung bescheinigen. Nicht berechtigte Bürgerschulen dauerten 6-7 Jahre, es wurde kein Latein angeboten und es konnte an diesen Schulen keine Prüfung abgelegt werden, d.h., eine Bescheinigung für eine wissenschaftl. Ausbildung konnte nicht erworben werden.

Realschule:

Ab 1883 eingerichtet. Nicht berechtigte höhere Bürgerschulen, Realschulen 2. Ordnung und Provinzialgewerbeschulen ohne Oberstufenausbau werden als siebenjährige Realschulen ohne Latein oder als sechsklassige höhere Bürgerschulen ohne Latein eingestuft. 1892: Durch einen Erlass werden alle siebenklassigen Anstalten um ein Jahr reduziert, die jetzt sechsjährige Realschule ohne Latein wurde mit der sechsjährigen nicht berechtigten höheren Bürgerschule zusammengelegt.

Die Daten für die Schüler eines Jahres entsprechen den Schülerzahlen der amtlichen Statistiken für das Ende des ablaufenden Wintersemesters (Schüler des Jahres 1867 = Aufnahme Februar 1867). Die Schülerzahlen der einzelnen Typen enthalten die Schülerzahlen der jeweiligen

Vorschulen. Die Tabellen entsprechen in ihrer Aufteilung dem Strukturwandel des allgemeinbildenden öffentlichen höheren Schulwesens in Preußen (vgl. Abb. 13). Leere Spalten bedeuten, dass der entsprechende Schultyp entweder noch nicht existiert oder aber mit einem anderen zusammengefasst wurde (z. B. Tabelle 2-, Spalte 6 von 1867 bis 1880 und Spalte 5 von 1893 bis 1914).

Tabelle 6:

„Die Berufschancen der Jurastudenten in Preußen, 1860-1910.“

*Spalte 3:* Die Zahlen geben von 1860 bis 1869 Auskultatoren und Referendare an, die ab 1870 einheitlich als Referendare bezeichnet werden (vgl. BLEEK, S. 166f.). Zu beachten ist, dass in den Angaben für den gesamten erfassten Zeitraum die Verwaltungsreferendare in der ersten Phase ihrer Ausbildung - zu absolvieren im Justizwesen-mitenthaltend sind. Von 1869 bis 1879 haben angehende höhere Verwaltungsbeamte ihre gesamte Ausbildungszeit im Justizwesen zu verbringen und sind miterfasst (vgl. BLEEK, S. 171, S. 175). Der neue Gebietsstand Preußens liegt ab 1870 zugrunde. Der Stichtag der Erhebung wechselt vom Ende des Jahres im Zeitraum von 1860 bis 1874 auf den 1.7. ab 1875 und auf den 1.8. ab 1897.

*Spalten 10 (Rechtsanwälte) und 11(Notare) sowie Spalte 12 (Rechtsanwälte und Notare zusammengefasst):* Von 1860 bis 1880 geben die benutzten Quellen nur die Gesamtzahl der Anwälte und Notare an. Nach Inkrafttreten der Rechtsanwaltsordnung von 1879 differenziert die offizielle Statistik nach Rechtsanwälten und Notaren. Zu beachten ist jedoch, dass Rechtsanwälte und Notare nicht einfach summiert werden dürfen, da die Notare zum größten Teil in der Liste der Anwälte bereits mit erfasst sind. Aus historischen Gründen gelten in Preußen auch nach 1880 noch drei Notariatsordnungen, denen zufolge im Oberlandesgerichtsbezirk Köln das Amt des Notars mit der Tätigkeit eines Rechtsanwalts unvereinbar ist; im Oberlandesgerichtsbezirk Celle werden üblicherweise die Notare aus der Zahl der Rechtsanwälte ernannt und im übrigen Preußen müssen die Notare aus dem Kreis der zugelassenen Anwälte bestimmt werden (JASTROW 1903, S. 5f.; Jb. der preußischen GERICHTSVERFASSUNG 1882, S. 59f.).

### **Sachliche Untergliederung der Datentabellen:**

Tabelle 1: Die Bildungschancen der 10,5- bis 19,5jährigen männlichen Bevölkerung in Preußen, 1867-1914.

Tabelle 2: Die männlichen Schüler aller Altersgruppen und aller Klassenstufen der Typen des allgemeinbildenden öffentlichen höheren Schulwesens in Preußen, 1867-1914.

Tabelle 3: Die Quartaner der Typen des allgemeinbildenden öffentlichen höheren Schulwesens in Preußen, 1867-1914.

Tabelle 4: Die Untersekundaner der Typen des allgemeinbildenden öffentlichen höheren Schulwesens in Preußen, 1867-1914.

Tabelle 5: Die Abiturienten der 9jährigen öffentlichen höheren Schulen des allgemeinbildenden Schulwesens in Preußen, 1867-1914.

Tabelle 6: Die Berufschancen der Jurastudenten in Preußen, 1860-1910.